

Änderungsantrag

des Abgeordneten Manfred Such und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1997
– Drucksachen 13/5200 Anlage, 13/5836, 13/6024, 13/6026, 13/6027 –

hier: Einzelplan 60
Allgemeine Finanzverwaltung

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 60 02 – Allgemeine Bewilligungen – wird der Titel
671 01 – Erstattung von Verwaltungsaufwand in Einzelfällen – um
5 000 TDM gekürzt.

Bonn, den 25. November 1996

Manfred Such
Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Begründung

Sollte der Regierungsbunker in Marienthal/Ahr je einen Sinn gehabt haben, so ist dieser jedenfalls seit dem Ende des Kalten Krieges und dem praktischen Ausschluß eines bewaffneten Konfliktes in Mitteleuropa entfallen. Während bereits zahlreiche Landesregierungen sich dieser Einsicht geöffnet und ihre entsprechenden Schutzbauwerke aufgegeben haben, will die Bundesregierung trotz baldigen Umzugs auch des Parlaments nach Berlin den Bunker nahe Bonn sogar noch ausbauen. Diese nostalgische Verfahrensweise soll so bald wie möglich beendet werden.

Da der Ansatz in Kapitel 06 28 Titel 541 01 für die laufende Unterhaltung des Bunkers durch Personalkosten kurzfristig noch gebunden ist, beschränkt sich die beantragte Kürzung zunächst auf die anderweitig etatisierten Betriebskosten und investiven Ausgaben.

